

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Finanzausschuss

16. WP - 93. Sitzung

von Montag, den 2. Juni, bis Mittwoch, den 4. Juni 2008
in Kopenhagen

Anwesende Abgeordnete

Günter Neugebauer (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Frank Sauter (CDU)

Holger Astrup (SPD)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Anna Schlosser-Keichel (SPD)

Anke Spoorendonk (SSW)

Weitere Anwesende

Finanzminister Rainer Wiegard

Landesrechnungshofpräsident Dr. Aloys Altmann

Einzigster Punkt der Tagesordnung:

Informationsreise des Finanzausschusses nach Kopenhagen

Montag, 2. Juni 2008

Briefing in der Deutschen Botschaft

Botschafter Dr. Nourney führt die Ausschussmitglieder in die dänische Gesellschaft, Politik und Wirtschaft ein. Das seit 2000 von einer liberal-konservativen Minderheitsregierung geführte Land sei mittelständisch geprägt und weise in den letzten zehn Jahren ein gesundes Wirtschaftswachstum von rund 3 % auf, habe mit einer Arbeitslosenquote von 1,8 % Vollbeschäftigung erreicht und weise seit Jahren Haushaltsüberschüsse aus. Grundlage des wirtschaftlichen Erfolges sei wesentlich das Flexicurity-Modell mit seinen drei Säulen geringer Kündigungsschutz, großzügige Arbeitslosenversorgung und intensive öffentliche Vermittlungshilfen. Mit der von der Regierung in der letzten Wahlperiode beschlossenen kommunalen Gebietsreform, die zum 1. Januar 2007 ohne größere Probleme umgesetzt worden sei, seien fünf Großregionen entstanden und die Zahl der Kommunen von 271 auf 98 reduziert worden.

In der Europapolitik plane die dänische Regierung, die drei Vorbehalte gegen den EU-Vertrag durch ein Referendum abschaffen zu lassen (Euroeinführung, gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Zusammenarbeit im Bereich Justiz und Inneres). Das Erlernen der deutschen Sprache in den Schulen sei seit einigen Jahren bedauerlicherweise rückläufig. Von zentraler Bedeutung sei für die Dänen der Bau der Brücke über den Fehmarnbelt; mit der Unterzeichnung des Staatsvertrages werde bis September gerechnet.

Gespräch mit dem Leiter des Ständigen Sekretariats der Deutschen Minderheit

Leiter Jan Diedrichsen stellt die Aufgaben der Interessenvertretung der Deutschen Minderheit im Dänischen Parlament vor. Die Deutsche Minderheit, der sich rund 20.000 Menschen zugehörig fühlten, sei nach der kommunalen Gebietsreform 2007 in den Stadtparlamenten in den vier neuen Großkommunen in Nordschleswig vertreten. Probleme bereite dem Bund deutscher Nordschleswiger die Finanzlage: Während der Bund seine Haushaltsansätze lediglich überrolle, fordere der öffentliche Dienst in Dänemark in den nächsten drei Jahren eine Gehaltserhöhung von 15 %, was für den BdN zu einem strukturellen Defizit von 1 Million € führe. Der Investitionsbedarf an den Schulen der Minderheit sei groß; die Schülerzahlen stiegen. Die Schleswigsche Partei sei bemüht, nicht nur eine Partei der Minderheit, sondern auch eine regionale Partei zu werden.

Die dänische Politik sei gegenwärtig von einem schärferen Ton in der Ausländerpolitik und dem Finanzstreit zwischen Staat und Kommunen geprägt. Das Deutschlandbild sei in Dänemark nicht zuletzt nach der Fußballweltmeisterschaft äußerst positiv, das Erlernen der deutschen Sprache allerdings immer weniger beliebt.

Dienstag, 3. Juni 2008

Gespräch im Rigsrevisionen

Rigsrevisor Henrik Otbo erläutert die Arbeit der unabhängigen Finanzkontrolle in Dänemark. Im Vordergrund der Arbeit von Rigsrevisionen, dem sechs auf Lebenszeit vom Parlament gewählte Staatsrevisoren angehörten (die auch Mitglied des Folketings sein könnten), stehe die Beratung der staatlichen Instanzen, in erster Linie des Zentralstaates, aber auch der fünf Regionen und 98 Kommunen. Während die Regionen nur noch für das Krankenhauswesen zuständig seien, besäßen die 98 dänischen Kommunen eigene Steuerhoheit (unterschiedliche Sätze für Einkommensteuer und Grundsteuer).

Gespräch mit Mitgliedern des Finanzausschusses des Folketing

Die dänischen Finanzpolitiker berichten über die Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik in Dänemark. Der Staatshaushalt werde vom Parlament in drei Lesungen behandelt. Die Haushaltsberatungen begönnen nach der ersten Lesung im September; dabei übernehme jedes Finanzausschussmitglied zunächst den Haushalt eines Ressorts als Berichterstatter. Seit 2001 würden die Schulden im Staatshaushalt abgebaut; Leistungen für Zinsen und Tilgung belasteten den Haushalt kaum. Außerdem profitiere der Haushalt von Konzessionseinnahmen aus der Öl- und Gasförderung in der Nordsee. In Dänemark bestehe ein breiter Konsens darüber, es bei hohen Steuerbelastungen zu belassen und den Wohlfahrtsstaat zu erhalten.

Das Fehmarnbeltprojekt werde auch von den Finanzpolitikern begrüßt. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (15.000 Grenzpendler) und die guten Beziehungen zu den Minderheiten unterstütze man. Man wünsche sich, dass die Frage der Kosten der Schülerbeförderung zu den dänischen Schulen im Landesteil Schleswig entsprechend dem Geist der Bonn-Kopenhagener-Erklärungen endlich einer Lösung zugeführt werde.

Gespräch mit dem Chefredakteur des „Nordschleswiger“

Siegfried Matlok trägt vor, die dänische Volkswirtschaft boome seit Jahren. Ausfluss der Vollbeschäftigung sei ein Mangel an Fachkräften im Land, dem Dänemark mit dem Einsatz von Arbeitskräften aus Deutschland entgegenzuwirken versuche. Das Deutschlandbild sei - gerade auch nach der Fußballweltmeisterschaft 2006 in Deutschland - außerordentlich positiv, die Zusammenarbeit Flensburgs mit Sonderburg und Apenrade funktioniere gut. Nachdem der Lissabon-Vertrag vom dänischen Parlament ratifiziert worden sei, strebe die dänische Regierung unter Führung des populären und professionellen Ministerpräsidenten Anders Fogh Rasmussen im Herbst die Abschaffung der EU-Vorbehalte per Volksabstimmung an. Die die Minderheitsregierung stützende Dänische Volkspartei sei gegen die EU und gegen eine Lockerung der strengen Asyl- und Integrationspolitik.

Die dänische Wirtschaft, die sich derzeit in einer Phase der Stagflation befinde, sei nach mehr als sieben fetten Jahren robust. Über das dänische Wohlfahrts- und Steuersystem bestehe ein gesellschaftlicher Konsens, zu dem auch die Gewerkschaften beitrügen. 40 % der dänischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zahlten den Höchststeuersatz von 63 %. Der Mehrwertsteuersatz betrage in Dänemark 25 %; außerdem falle für bestimmte Artikel eine Luxussteuer an.

Gespräch mit der HSH Nordbank AG

Dr. Domrös, Global Head Copenhagen Branch, berichtet über die Arbeit der HSH-Niederlassung in Kopenhagen. Die Situation der Bank in dem guten, sich jetzt allerdings abflauenden wirtschaftlichen Umfeld sei stabil.

Herr Berger, Vorsitzender des Vorstandes der HSH Nordbank AG, betont die Bedeutung des Geschäftsmodells der HSH mit ihrer starken regionalen Verankerung. Die operativen Erträge hätten sich in den Jahren 2003 bis 2007 um jeweils 13 % und die Zahl der Beschäftigten von 4.100 auf 4.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesteigert. Als internationaler Sektorspezialist sei die Bank der größte Schiffsfinanzierer, Nummer 3 im Bereich der Flugzeugfinanzierung und Nummer 1 - 2 im Bereich erneuerbare Energien. Auch nach der Finanzmarktkrise habe man das Jahr 2007 und das erste Quartal 2008 mit einem positiven Ergebnis abgeschlossen.

Auch M Wiegard zeichnet ein positives Bild von der Entwicklung der Bank seit der Fusion bis hin zum angestrebten Börsengang. Er stellt klar, dass die öffentliche Hand nach wie vor

über 50 % der Bank, die für die mittelständischen Unternehmen eine enorme Bedeutung haben, halten werde.

Mittwoch, 4. Juni 2008

Gespräch im dänischen Finanzministerium

Zunächst berichtet Peter Brixen über Public-Private-Partnership-Projekte in Dänemark, insbesondere über die Finanzierung der Brücken über den Großen Belt, den Øresund und den Fehmarnbelt. Der Bau der Brücke über den Øresund sei voll innerhalb des Zeitplans und Budgets vollzogen worden. Weil die Nutzung der Brücken über den Großen Belt und Øresund die Erwartungen übertroffen habe, hätten die Nutzungsgebühren gesenkt und der Tilgungszeitraum verkürzt werden können. Gespräche mit Schweden über eine Kostenbeteiligung an der Fehmarnbeltquerung seien nicht geführt worden.

Steen Lohmann Poulsen trägt zur dänischen Finanzpolitik vor, die dänische Krone sei fest an den Euro gekoppelt. Die Einführung des Euro hätte politische Vorteile, weil Dänemark dann als Mitglied der Eurozone die europäische Zins- und Währungspolitik mitbestimmen könnte. Die Regierung strebe die Abschaffung der EU-Vorbehalte im Wege eines Referendums im September an. Zurzeit würden Verhandlungen mit allen im Folketing vertretenen Parteien geführt. Außerdem solle noch ein Forschungsbericht zu den Konsequenzen der Abschaffung der EU-Vorbehalte veröffentlicht werden.

Niels Kleis Frederiksen informiert den Ausschuss über die dänische Steuerpolitik. Bruttojahreseinkommen über 45.000 € würden mit 62,9 % besteuert. Die Rente von 18.000 € jährlich werde mit 6.500 € besteuert. Arbeitgeber zahlen in Dänemark kaum Sozialversicherungsbeiträge. Die Steuerbelastung der dänischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werde akzeptiert und führe kaum zu Abwanderungen.

Gespräch in der dänischen Arbeitsmarktbehörde

Marie Hansen, Direktorin von Arbejdsmarkedetsstyrelsen, erläutert den Erfolg der dänischen Arbeitsmarktpolitik. Der dänische Arbeitsmarkt sei sehr flexibel und das Modell der Flexicurity politisch konsensual: Geringer Kündigungsschutz gehe mit großzügiger Arbeitslosenversorgung und vor allem aktivierender Arbeitsmarktpolitik seitens der Jobcenter einher. Die Arbeitslosenquote betrage 1,8 %, das heißt, nur 50.000 Menschen seien in Dänemark arbeitslos. Die Zahl von 720.000 Menschen, die sich wegen Krankheit, Arbeitsunfähigkeit oder Vorruhestand nicht im Arbeitsmarkt befänden, die demografische Entwicklung und auf der ande-

ren Seite der Arbeitskräftemangel in allen Bereichen seien große Herausforderungen. Aufgabe der Jobcenter sei es, Menschen ohne Beschäftigung möglichst schnell ohne große Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an Unternehmen zu vermitteln.

Poul H. Frank, Eures-Koordinator für die Regionen Sønderjylland und Schleswig sowie Leiter des Jobcenters Apenrade, berichtet über den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt in der Region Sønderjylland-Schleswig. Zurzeit arbeiteten über 20.000 Deutsche in Dänemark. Seit 1996 sei das Interesse an Arbeit in Dänemark gestiegen. Die Zunahme der Grenzpendler sei angesichts der Arbeitslosenzahlen kaum verwunderlich: Während die Arbeitslosenquote in Süddänemark 1,7 % betrage, seien im Kreis Schleswig-Flensburg 8,1 %, in Nordfriesland 7,6 % und in Deutschland 7,8 % der Erwerbsfähigen arbeitslos.

Gespräch mit der dänischen Verkehrsministerin über die Fehmarnbeltfinanzierung

Ministerin Carina Christensen unterstreicht die Bedeutung der festen Fehmarnbeltquerung und möchte den Staatsvertrag mit Deutschland möglichst noch vor der Sommerpause schließen. Der Brückenbau werde von Venstre, den Konservativen und den Sozialdemokraten unterstützt, vier Parteien im Folketing seien bisher dagegen; inzwischen unterstütze auch die Sozialistische Volkspartei das Projekt, weil eine Brücke umweltfreundlicher sei und den Schienenverkehr fördere. Die Finanzierung der Brücke erfolge durch spätere Mauteinnahmen der Autofahrer und werde durch das Staatsgarantiemodell abgesichert, das sich bereits bei den Brücken über den Großen Belt und den Øresund bewährt habe. Für die notwendigen Hinterlandanbindungen seien die Länder Deutschland und Dänemark jeweils selbst verantwortlich. Im Oktober sollten die Gesetzgebungsarbeit im Folketing beginnen und weitere technische und Umweltuntersuchungen eingeleitet werden. Nicht nur Schweden, sondern auch Falster und Lolland seien sehr an einer baldigen Realisierung der Brücke interessiert.

Vorsitzender Neugebauer sagt im Namen des Finanzausschusses und der Fraktionen von CDU, SPD und FDP zu, die Realisierung des Projekts durch den Schleswig-Holsteinischen Landtag nach allen Kräften zu unterstützen.

gez. Günter Neugebauer

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer